



Hurra, 5 € mehr: danke Ursula

5 Euro zum an die Wand nageln

Eine Dreistigkeit, zu behaupten, jetzt bekämen Menschen mit Hartz IV-Einkommen mehr. Da haben wohl alle schon wieder vergessen, was ihnen vorher weggenommen wurde? Was kann man sich nicht alles dafür

kaufen. Eine Hin- und Rückfahrt zum Job-Center zum Beispiel. Mehr Lebensqualität bringt das Geld nicht. Vor dem Hintergrund der Milliarden für Banken und Kapital ist das eine Unverschämtheit.

Verschlechterungen im aktuellen Gesetzespaket: In Zukunft können die Länder und Kreise die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung in ihrem Gebiet per

Satzung selbst festlegen. Die bisherige Nicht-Anrechnung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten entfällt. Die Einkommensanrechnung wird deutlich verschärft. Für persönlichen Schulbedarf gilt künftig: ohne Antrag kein Geld. Und die bürokratischen Hürden zur Inanspruchnahme des Bildungsgutscheins sind so hoch, dass sie viele nicht nutzen können.

Das „Sparpaket“ der Bundesregierung spart Arbeitslose weg

Mit langfristig 10 Milliarden Euro jährlich wird bei den Leistungen für Arbeitslose am stärksten gekürzt. Der Zuschlag beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in Hartz IV ist gestrichen. Die Agenturen sollen 5 Milliarden Euro jährlich einsparen, indem sie Leistungen stärker nach eigenem Ermessen gewähren. So macht man Arbeitslose noch mehr zu Bittstellern als schon bisher. Die Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Zuschüsse vom Bund auskommen. Die Folge: Arbeiter und Angestellte werden zu höheren Beiträgen herangezogen, bei gleichzeitiger Kürzung der Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit. Die Hartz IV-Zahlungen selbst sollen ab 2014 um drei Milliarden Euro sin-

ken. Damit ist eine Senkung der Regelsätze vorprogrammiert.

Zieht Euch warm an und werdet nicht alt

Geradezu skandalös ist die Streichung der monatlichen Pauschale der Agentur für Arbeit an die Rentenversicherung. Der Bund spart dabei auf Kosten der Kommunen, denn die müssen für die Grundsicherung im Alter aufkommen. Zynisch ist die Streichung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld für Geringverdiener angesichts der ständig steigenden Energiepreise. Sarrazins Empfehlung, statt einer beheizten Wohnung einen dickeren Pullover anzuziehen, ist bittere Wirklichkeit geworden.

Arme dürfen keine Kinder bekommen

Dass für Hartz IV-Empfänger das Elterngeld von ohnehin nur 300 Euro im Monat komplett gestrichen wird, heißt: arme Kinder werden noch ärmer. Schon bei seiner Einführung ging das Elterngeld zu Lasten der Hartz IV-Empfänger. Sie bekamen vorher deutlich mehr Geld. Mit der kompletten Streichung sollen solche Eltern geradezu sanktioniert werden, wenn sie Kinder bekommen.

Die DKP sagt: Hartz IV muss weg, denn Hartz IV heißt Armut für Arbeitslose und ist der Knüppel mit dem man denen, die noch Arbeit haben droht, damit sie bloß nicht aufmucken. Geld ist genug da.



Die Presse lügt wie gedruckt

Anfang Oktober in allen Zeitungen: Die Strompreise werden stark steigen wegen der ach so beliebten Solarenergie in Deutschland. Und schon hat man dem gemeinen Bürger wieder einen Bären aufgebunden. Die tatsächlichen Herstellungspreise für Strom sinken derzeit. Aber: die Profite steigen nicht so stark, wie sich die Konzerne das wünschen. Man baut vor. Weil der Bürger nicht gerne ständig steigende Preise zahlt, werden andere angeschwärzt. Die eigentlichen Verursacher wollen ihre weiße Weste behalten. Da gibt es nur eins

– enteignen! Ohne die fetten Gewinne von Vattenfall, EnBW, RWE und E-ON wäre der Strom nur halb so teuer.

Patrik Köbele, DKP, unterstützt den Widerstand gegen den Castor-Transport: „Wenn Konzerne und Bundesregierung uns das Geld aus der Tasche ziehen und unsere Zukunft mit ihrem Atommüll gefährden, dann ist Widerstand und ziviler Ungehorsam nicht nur erlaubt, sondern nötig. Wir ducken uns schon viel zu lange. Aufmucken ist angesagt“

Die Profite sprudeln wieder

Allenthalben häufen sich die Meldungen über die wachsende deutsche Wirtschaft. Die Krise sei zwar nicht überwunden, aber Deutschland sehr glimpflich davon gekommen. Die Arbeitslosigkeit sei nicht so stark gestiegen wie erwartet, sie gehe sogar zurück. Woran liegt das?

Weil die Menschen die Kosten der Krise tragen, und nicht die Verursacher. Nicht vergessen sind die Milliarden teuren Stützpakete für Banken (Bad Banks) und Konzerne. Die werden aus dem Bundeshaushalt, also von unserem Geld bezahlt. Das „Sparpaket“ der Bundesregierung von

insgesamt über 80 Milliarden Euro beinhaltet auch eine Beteiligung der Wirtschaft, stellte die Kanzlerin dar.

Neben den Belastungen für Familien, Kinder und ohnehin schon arme Menschen (siehe Seite 1), ist die „Beteiligung der Wirtschaft“ eine Lüge. Die Brennelementesteuer für die Energiekonzerne bedeutet nur einen winzigen Bruchteil dessen, was sie sich über die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zusätzlich einheimen. Die vage Angabe über die Besteuerung der Banken ist bislang ein leeres Versprechen.

Wir fordern:

- Rücknahme der Steuerbefreiung für die Veräußerung von Betrieben oder Betriebsanteilen
- Anhebung der auf 25 % gesenkten Zinsabschlagssteuer
- höhere Besteuerung von Bankenboni
- Anhebung der Vermögenssteuer.
- Rücknahme der Steuersenkungen durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ – **allein hierdurch könnte so viel Geld in die öffentlichen Kassen kommen, wie durch die gesamten Kürzungen im Sozialbereich „eingespart“ werden sollen.**

Vier gewinnen. Millionen verlieren

Die Bundesregierung peitschte die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke einfach durch. Das bedeutet große Gefahren für alle, vor allem auch für kommende Generationen. Sie ist aber vor allem ein Riesengeschenk an die Energiekonzerne RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall, diese vier machen dadurch jeden Tag Millionen Gewinne.

Das Managermagazin, dass sicher als

unternehmerfreundlich gelten kann, berechnet den Reingewinn in 5 Jahren bei gleichen Strompreisen (an die keiner glaubt) auf 31 Milliarden, bei leicht steigenden Strompreisen auf 68 Milliarden (RWE: 17,5 E-On: 29,8 EnBW: 14 Vattenfall 5 – jeweils Milliarden €). Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) kommt in einem Gutachten auf Zahlen, die noch

wesentlich höher liegen. Egal, welche Zahlen stimmen, mit Schrottmeilern und Atommüll machen die Konzerne Profit bei der Gefährdung unserer Zukunft.

Hinzu kommt: für die Entsorgung des strahlenden Mülls zahlen die Stromkonzerne keinen Cent, das zahlt der Steuerzahler – also wir.

Zusatzprofite der AKW-Betreiber durch Laufzeitverlängerung und geplante Abführung der Zusatzprofite nach dem Verhandlungsergebnis vom 5. September 2010, real, bei konstanten Strompreisen (in Mio. Euro)

	Zusatzprofite ab 2011	Kernbrennstoffsteuer 2011/2016	Freiwillige Zahlung 2011/2016	Gewinnausgleich ab 2017	Saldo für AKW-Betreiber	Abschöpfung der Zusatzprofite
EnBW	12.012	-2.662	-	-2.675	6.674	-
RWE	14.768	-3.391	-	-3.34	58.033	-
E.ON	24.857	-5.171	-	-5.330	14.356	-
Vattenfall Europe	4.120	-861	-	-920	2.338	-
Andere	1.939	-375	-	-508	1.056	-
Summe	57.696	-12.461	-1.313	-12.779	31.144	46%

Zusatzprofite der AKW-Betreiber durch Laufzeitverlängerung und geplante Abführung der Zusatzprofite nach dem Verhandlungsergebnis vom 5. September 2010, real, bei moderat steigenden Strompreisen (in Mio. Euro)

	Zusatzprofite ab 2011	Kernbrennstoffsteuer 2011/2016	Freiwillige Zahlung 2011/2016	Gewinnausgleich ab 2017	Saldo für AKW-Betreiber	Abschöpfung der Zusatzprofite
EnBW	19.658	-2.662	-	-2.675	14.321	-
RWE	24.233	-3.391	-	-3.345	17.498	-
E.ON	40.266	-5.171	-	-5.330	29.764	-
Vattenfall Europe	6.756	-861	-	-920	4.974	-
Andere	3.374	-375	-	-508	2.491	-
Summe	94.288	-12.461	-1.313	-12.779	67.736	28%

Quelle: Berechnungen des Öko-Instituts

Über Nacht zum Milliardär



Freitagabend, Anfang September wurde in einer Telefonkonferenz beschlossen, der Pleitebank HRE (HypoRealEstate) weitere 40 Milliarden € zu den bereits gewährten

102 Milliarden € an Staatsgarantien zu geben. Neben diesen Garantien in Höhe von 142 Milliarden € wurden bereits 7,7 Milliarden € an Kapitalhilfen gegeben. (142 Milliarden sind 33,5 Millionen JAHRESREGELSÄTZE von Hartz IV – 7,7 Milliarden sind 21,75 Millionen MONATSREGELSÄTZE von Hartz IV. Was sagt uns das? Geld ist genug da.

Trotz der Pleite der HRE wurden 25 Millionen € Bonuszahlungen (zusätzlich zu den Gehältern) an die 1.400 Beschäftigten

ausgezahlt. Die Bundesregierung wurde ungeheuer aktiv: Vorstände von Banken, die Staatshilfen erhalten, dürfen jetzt nur noch 500.000 € im Jahr verdienen, die Armen. Aber auch die SPD wurde richtig munter, NRW-Finanzminister Borjans ist dafür, dass dies nicht nur für die Vorstände, sondern für alle Manager von Pleitebanken gilt. Das ist natürlich hart, wie soll man von 500.000 € im Jahr leben, das ist ja nur noch das 4.248-fache des Hartz IV-Jahresregelsatzes.

Sie sagen sparen und meinen kürzen. Die Folgen des 110-Millionen-Euro-Sparpaket in Essen

Auch bei den Kommunalen Kürzungen der Stadt Essen sind die Banken und Konzerne die Gewinner. Wie das geht?

Allein die Überlegung, dass erst gekürzt wird, damit wir dann erlaubt bekommen (wie gnädig) wieder neue Kredite aufnehmen zu dürfen, ist absurd. Denn für Kredite werden Zinsen fällig. Davon hat allein die Bank was. Die Stadt hat knapp 3 Milliarden Euro Schulden. Die Banken kassieren jährlich um die 100 Millionen Zinsen. Mit jedem neuen Kredit steigt diese Zinslast. Weitere Kürzungen sind vorprogrammiert. Und dann kommt noch der Bund und das Land. Stadtkämmerer Kliewies darauf hin, dass zwei Gesetzesänderungen des Bundes in 2010 die Stadt mit insgesamt 30 Millionen € belasten. Genau der Betrag, den wir in diesem Jahr als neuen Kredit gewährt bekommen.

Die Konzerne gewinnen, wenn weiter privatisiert wird. Das nämlich ist logische Folge aus dem Beschluss, 1.000 Stellen bei

der Stadt bis 2015 abzubauen. Diese Streichorgie wird Auswirkungen auf das Dienstleistungsangebot haben. Folge für die Bürger: privat ist immer teurer oder Leistungen werden ganz abgeschafft.

Weitere Einschränkungen für die Bürger im Überblick:

- Verringerung der Kosten für Bauunterhaltung – Folge: marode Gebäude, Verkauf städtischer Immobilien
- Steigende Entwässerungsgebühren ab 2012 – Folge: höhere Nebenkosten der Miete
- Steigende Gebühren der Folkwang Musikschule – Folge: Musikunterricht für Kinder aus finanzschwächeren Haushalten fällt flach
- Weniger Geld für Grün und Gruga – Folge: noch mehr 1-Euro-Kräfte, weniger gepflegte Parks
- Deutliche Erhöhung der Grundsteuer B –

Folge: höhere Nebenkosten für Mieter, die die Stadt bei den Kosten der Unterkunft (KdU) auch noch selbst bezahlen muss

- Höhere Hundesteuer – Folge: das trifft vor allem alleinstehende ältere Menschen mit geringem Einkommen
- Die offene Kinder- und Jugendarbeit bekommt weniger Geld – Folge: mehr Kinder und Jugendliche „auf der Straße“
- Schulmilch nur noch in pur – Folge: viele Kinder werden ganz auf Milch verzichten, was daran gesünder sein soll, bleibt ein Rätsel
- Weniger Geld für die Sport- und Bäderbetriebe – Folge: noch mehr Schließungen als bisher, weniger Instandsetzung der Einrichtungen
- Steigende Gebühren der Volkshochschule – Folge: der ach so beklagte Fachkräftemangel im Land lässt sich so sicher nicht beheben
- ... und einiges andere mehr

Stadt Essen verzockt unser Geld

Weil die Stadt tief in den roten Zahlen steckt, zockt sie am Kreditmarkt. Wie? Man kaufte Kredite in Schweizer Franken. Man hoffte auf niedrige Zinsen ohne Kursrisiko.

Widerstand lohnt sich!

Julijan Tajnssek von der DKP:

„Wir haben die Parkautobahn beerdigt! Das klingt vielleicht übertrieben. Aber: Der andauernde Protest der Bürger und der DKP haben dieses reine Prestigeprojekt, dieses unsinnige Vorhaben fast völlig zum Stillstand gebracht. Bis auf das Autobahnkreuz Castrop-Rauxel und ein paar Mammut-Bäumen ist kaum was umgesetzt worden. Diesen Erfolg haben wir unterstützt.“

Die DKP fordert:

- Das Zocken muss verboten werden, keine Aktien- und Kreditmarktgeschäfte mit kommunalem Geld
- Einstellung sämtlicher Zinszahlungen an die Banken
- Rücknahme des massiven Personalabbaus bei der Stadt

Dann kam das Risiko. Der Euro rutschte von 1,65 auf 1,32 – Ergebnis: 16 Millionen Euro Verlust für die Stadt. Nun regiert das Prinzip Hoffnung. „Experten (Banker!!!) sehen den Kurs am Jahresende wieder bei 1,50“, so die NRZ am 1.7.2010. Am 1. November steht der Kurs bei 1,37, das sind immer noch über 10 Millionen Euro Verlust.

Vor allem die vielen kleinen Maßnahmen des städtischen Sparpaketes hätte man nicht gebraucht. Nun sind viele Angebote aus den Bereichen Bildung, Kinder, Familie, Soziales und Kultur im schwarzen Loch der Zocker verschwunden. Sowas sollte verboten werden – vor allem für Kommunen. Es ist unser Geld.

Ein Verlust reicht nicht: Stadt Essen zockt weiter



Die Stadt kauft RWE-Aktien, das nutzt RWE. Die Stadt ist pleite, das nützt den Banken. Woher nun aber das Geld für den Aktienkauf nehmen? Nun, man nimmt keinen Kredit, sondern tritt die Einnahmen der Stadttochter EVV (unser kommunales Geld)

an die Commerzbank ab. Damit die arme Bank bloß kein Risiko eingeht, heißt dieses Geschäft „Forfaitierung bei Einredeverzicht“. Verstehen Sie nicht? Doch: Alles Risiko liegt bei der Stadt. Spekuliert wird auf die Dividende des RWE. Kosten: 20 Jahre lang ca. mindestens 9 Millionen € pro Jahr. Es verdienen sich das RWE und die Commerzbank eine goldene Nase. Nur die Bürger der Stadt gucken in die Röhre. Schlimmer noch. Fällt die Dividende (die Ausschüttung an die Aktionäre), fallen die Einnahmen der Stadt. Die Einnahmen der städtischen Tochter EVV sind ja schon weg.

Künftig zahlen nur noch die Versicherten

Die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen zahlen ab 1. Januar 2011 höhere Beiträge. Der Satz steigt von 14,9 auf 15,5 Prozent. Künftig zahlen Arbeitnehmer also 8,2 Prozent des allgemeinen Beitragssatzes, während der „Arbeitgeberanteil“ auf 7,3 Prozent steigt – zum letzten mal. Künftige Kostensteigerungen werden über Zusatzbeiträge allein von den Versicherten getragen. Steigende Zusatzbeiträge sind sicher, da die Zuschüsse des Bundes an die Krankenkassen gekürzt werden.



Aus: junge Welt vom 18.10.2010 700 Euro netto weniger vom Brutto

Die „Gesundheitsreform“ der schwarz-gelben Bundesregierung kommt die gesetzlich Krankenversicherten teurer zu stehen als bisher bekannt. Bis zu 700 Euro pro Jahr hat ein gesetzlich versicherter Durchschnittsverdiener netto weniger im Portemonnaie. Schuld sind die von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) durchgesetzten Beitragserhöhungen und Zusatzbeiträge. (dapd/jW)

Pharma-Industrie jubelt

Die Hersteller von Medikamenten diktieren den Krankenkassen die Preise. Die Preise werden gezahlt, auch wenn der tatsächliche Nutzen des Präparats unklar ist. Damit sie auch verschrieben werden, gibt die Pharma-industrie doppelt so viel für Marketing aus wie für die Forschung. Verschleudertes Geld. Mit einer Positivliste von Medikamenten, könnten viele Milliarden Euro im Gesundheitswesen gespart werden, weil die Präparate viel preiswerter werden. Die Kosten der Krankenkassen würden immens sinken, unsere Beiträge auch. Pläne in diese Richtung fürchtet die Pharmaindustrie. Darum kippt die Politik solche Pläne immer wieder.

FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler: „Ich breche das Preismonopol der Pharmabranche“. Wetten, dass er lügt.

Die DKP meint: Gesundheit ist keine Ware, deshalb fordern wir:

- Eine Krankenkasse für alle, Abschaffung der privaten Kassen (höhere Einkommen dürfen sich nicht aus der Solidargemeinschaft rausziehen)
- Abschaffung der Bemessungsgrenzen
- Einführung einer Positivliste für Medikamente

Widerstand lohnt sich – immer!

Jeder sieht nach Frankreich und sagt: „Wir müssten es mal machen wie die Franzosen!“ Aber kaum was bewegt sich in unserem Land. Zwar sind die Temperaturen draußen mild, aber der heiße Herbst der Gewerkschaften ist mehr ein laues Lüftchen. Zur Erinnerung: In Frankreich bekommen die Arbeiter kein Streikgeld, und sie gehen trotzdem auf die Straße, massenhaft, z.B. gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Also: bringt eure Hüften in Schwung, erhebt eure Hintern und protestiert. Egal wie und wo, Hauptsache jeder bringt einen mit. Kein Stellvertreter wird für uns was richten. Weder kaputt arbeiten noch arm sein ist erstrebenswert. Das Leben soll auch schön sein. Diese Schönheit müssen wir uns erkämpfen.

Stuttgart 21
www.kopfbahnhof-21.de

Im Ländle ist vielleicht was los

Neidisch schauen wir manchmal nach Stuttgart. Die Menschen gehen seit Wochen auf die Straße, weil ein Bahnhof für Milliarden gebaut werden soll, dessen Sinn sich Ihnen nicht erschließt, der die Umwelt zerstört und weil man der Bevölkerung die Demokratie verweigert.

Haben wir solche Gründe nicht auch? Wo bleiben bei uns die Proteste? Und was hat Stuttgart mit dieser Zeitung zu tun? Ganz einfach. Diese Zeitung will dazu beitragen, dass nicht nur gesagt wird: „Wir müssten es machen, wie die Franzosen/Griechen/Schwaben!“, diese Zeitung will sagen: „Fangen wir endlich an“.

Eine Stimme aus Stuttgart: „Die Leute kommen sich verarscht vor. Sie werden in

ihren Argumenten nicht gehört und nicht ernst genommen. Die Wut geht zwar bei allen um etwas Konkretes im Zusammenhang mit dem Bahnhof, das treibende Moment ist aber inzwischen die Wut auf die Politik. Relativ schnell sind die Slogans zum Bahnhof ergänzt worden erst mit „Lügenpack“ und dann mit Rücktrittsforderungen an Rech (Innenminister) und Mappus.

Dazu kommt, dass sich eine mächtige Basisbewegung entwickelt hat, die eine enorme Anziehung hat. Das Gefühl mit vielen gemeinsam etwas zu fordern und zu kämpfen hat dazu geführt, dass inzwischen Menschen aus allen Schichten eingebunden sind.“

Ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen • Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de